



Newsletter 4 / 2021

27.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Woche wurden im Rahmen einer Regierungserklärung die Klima-Ziele für Bayern und das Klimaprogramm mit insgesamt 50 Maßnahmen in fünf zentralen Sektoren vorgestellt. Außerdem wurde im Plenum die Novelle zum Polizeiaufgabengesetz (PAG) verabschiedet.

Mehr dazu und zu weiteren Themen in meinem neuen Newsletter.

Herzliche Grüße

Alfred Sauter, MdL

Klimaschutz in Bayern



Bild: Rainer Sturm / pixelio.de

Die schlimmen Unwetter, Regenfälle und die katastrophale Situation der letzten Tage in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und auch in Bayern sind ein deutlicher Warn- und Weckruf für mehr Klimaschutz. Die konkreten Handlungsfelder und Pläne wurden in der vergangenen Woche vorgestellt.

Die Klima-Ziele für Bayern lauten wie folgt:

- Klimaneutralität Bayerns bis 2040
- Klimaneutralität Staatsregierung bis 2023
- Reduktion der Treibhaus-Emissionen um 65 % bis 2030

Das Klima-Programm umfasst insgesamt 50 Maßnahmen in fünf zentralen Sektoren:

Erneuerbare Energien

- Leitungsbau: Beschleunigte Genehmigungen beim Stromleitungsbau durch 45 % mehr Planungskapazitäten
- Sonne / Photovoltaik (PV)
- Geothermie - Totalausschöpfung: Deckung von 25 % des bayerischen Wärme-bedarfs bis 2050
- Wind: Mehr Windkraft durch Reform von 10 H und Abbau von Genehmigungshindernissen (Repowering, Staatswald, Vorrang-/vorbelastete Gebiete). Mindestens 500 neu

Natürliche CO₂-Speicher (Moore, Wald, Wasser)

- Moore: Sanierung / Wiedervernässung von 55.000 Hektar Moorflächen
- Wald: Verdoppelung des Waldumbaus und der Erstaufforstung
- Landwirtschaft: Programm für Humuserhalt und -aufbau
- Wasser: Hochwasserschutz und Hochwasser-TÜV, Wassermanagement, Wassercert

Klima-Bauen und Klima-Architektur

- Holzbau-Offensive
- Klima-Architektur beim Hochbau im staatlichen Bereich: Staatliche Neubauten grundsätzlich mit Klimafassade
- Urban Farming mit Leuchtturmprojekten auf staatlichen Flächen in ganz Bayern
- Förderprogramm Urban Gardening (Demonstrationsgärten in über 40 bayerischen Städten) / City Greening (standortgerechtes Stadtbegrünung) und Indoor Farm (Modellfarm zur Gemüseproduktion)

Smarte und nachhaltige Mobilität

- E-Mobilität: u.a. Ladesäulen-Ausbau, Ladesäulen-Offensive an Behörden
- Stärkung öffentlicher Nahverkehr und Bahn: u.a. Grüner Antrieb auf allen Bussen und Bahnen 2040, Ausbau und Reaktivierung von kleinen Bahnstrecken
- Radoffensive: Schnellradwege, Förderung für Radwege zwischen Kommunen, Jobrad-Modell für staatliche Beschäftigte

Moderne Klimaforschung und Clean-Tech

- Ausbau Umweltforschungsstation Schneefernerhaus
- Ausbau des Standorts Weihestephan - Triesdorf für klimafreundliche Landwirtschaft
- Bavarian Green Data Center – Weltweit erstes klimaneutrales Rechenzentrum an der TU Nürnberg (durch Sonnenenergie und Abwärme)
- Klimaschutz durch Digitalisierung: Exzellenzzentrum „KI für Klimaschutz“
- Wasserstoff
- Synthetisches Kerosin für Flugverkehr

Im Jahr 2022 wird das Klima-Programm mit einer Milliarde Euro finanziert, bis 2040 werden weitere 22 Milliarden Euro hinzukommen.

Novelle zum Polizeiaufgabengesetz (PAG)



Bild: Thorben Wengert / pixelio.de

In der vergangenen Woche wurde im Plenum die Novelle zum Polizeiaufgabengesetz (PAG) verabschiedet. Auf Basis der Empfehlungen einer 2018 durch die Staatsregierung eingesetzten PAG-Expertenkommission gibt es eingeschränkte polizeiliche Befugnisse bei „drohender Gefahr“, klarere Regelungen und Richtervorbehalte bei DNA-Analysen sowie einen besseren Rechtsschutz für Betroffene eines präventiven Gewahrsams.

Außerdem wurde eine neue Rechtsgrundlage für die sogenannte Zuverlässigkeitsüberprüfung geschaffen. Die Zuverlässigkeitsüberprüfung ermöglicht, dass Mitarbeiter von Dienstleistern, die etwa bei Konzerten oder Sportveranstaltungen arbeiten und somit Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen haben, vorab entsprechend überprüft werden können, wenn es für die bestimmte Tätigkeit notwendig ist. Dies erfolgt nur, wenn die Mitarbeiter dieser Überprüfung auch zustimmen. Zuschauer und Besucher werden nicht abgefragt. Bei den Zuverlässigkeitsüberprüfungen wurde dem Wunsch des Landesdatenschutzbeauftragten entsprochen, die bereits bestehenden Befugnisse in einer eigenen Norm zusammenzufassen.

Die PAG-Novelle erleichtert es der Polizei unter anderem besser gegen häusliche Gewalt durch einen Ex-Partner vorzugehen oder die noch unkonkreten Drohungen eines Stalkers zu verfolgen.

Ebenso hilft das PAG dabei, frühzeitig gegen Vorbereitungshandlungen von Amok-Taten und von Terroranschlägen vorzugehen.

Neue notärztliche Vergütung



Bild: Helmut Kaltenleitner / pixelio.de

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und die Sozialversicherungsträger haben sich nach langen Verhandlungen auf eine neue notärztliche Vergütung in Bayern verständigt. Dabei haben die Kostenträger das jährliche Volumen für die notärztliche Vergütung nochmals um 20 Prozent auf 82 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Darüber hinaus wird es künftig auch Zuschläge für die Nacht sowie für Wochenend- und Feiertage geben.

Die getroffene Regelung würdigt das hohe Engagement und die verlässliche Einsatzbereitschaft der bayerischen Notärzte, die ein wesentlicher Bestandteil im Rettungsdienstsystem und für eine optimale Patientenversorgung unverzichtbar sind.

Die neue Benutzungsentgeltvereinbarung gilt von Juli 2021 bis Ende 2023 und sieht rückwirkend zum 1. Juli eine höhere einheitliche Grundpauschale von 25 Euro je Stunde vor. Hinzu kommen erstmals gestaffelt Zuschläge für die Nacht, an Wochenenden, Feiertagen und an Hohen Feiertagen, also an Ostern, Pfingsten, Weihnachten und zum Jahreswechsel.

Dank für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan



Bild: TiM Caspary / pixelio.de

Am 14. April 2021 hat der NATO-Rat das Ende der Mission „Resolute Support“ in Afghanistan beschlossen. Damit ist der Einsatz der Bundeswehr nach fast 20 Jahren beendet. Die Rückverlegung aller Kräfte der NATO-Mission „Resolute Support“ soll nach aktuellem Stand bis zum 11. September 2021 abgeschlossen sein.

Allen Soldatinnen und Soldaten, die für die Sicherheit unseres Landes in Afghanistan gekämpft haben, sind wir zu tiefstem Dank verpflichtet. Es ist zu begrüßen, dass das Verteidigungsministerium mit einem großen Appell am 31. August 2021 sämtliche Afghanistan-Soldatinnen und -Soldaten ehren wird. Die Gedanken sind auch bei den 59 Opfern dieses schwierigen Einsatzes und ihren Angehörigen.

Den sich noch im Land befindlichen afghanischen Ortshelferinnen und Ortshelfern muss schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Ausreise zuteil werden, insbesondere, weil sie und ihre Familien aufgrund ihrer Tätigkeit für die Bundeswehr von den erneut vordrängenden Taliban mit dem Tod bedroht werden.

Alfred Sauter, MdL
Max-Planck-Str. 1
81675 München
Deutschland

089 / 4126 2884
mdl@alfred-sauter.de